

Kein Geld für die Dritte Welt?

Finanz- und währungspolitische Fragen zu Beginn der Dritten Entwicklungsdekade

Der weltweite Gegensatz zwischen „reich“ und „arm“ wird größer und größer. Besonders in den letzten Jahren hat sich die Weltwirtschaft rapide gewandelt und großen Teilen der Dritten Welt steht eine düstere Zukunft bevor. Angesichts dieser Schwierigkeiten ist eines bereits klar. Der Zeitplan internationaler Sonderkonferenzen; so u. a. die Pariser Tagung über Lage und Aussichten der am wenigsten entwickelten Länder im September und der „Nord-Süd-Gipfel“ im Herbst d. J. in Mexiko. – Nicht klar ist – zu Beginn der 3. Entwicklungsdekade (1981–90) – dagegen, welches gemeinsame Konzept vertreten und verwirklicht werden soll, um die Entwicklungspolitik aus der Sackgasse herauszuführen. Ihre Neuorientierung erfordert eine Rückbesinnung auf die ethisch-moralischen Werte sowie auf die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge, die Entwicklungspolitik erst wirksam machen. Jedoch gibt es auch harte ökonomische Fakten und finanziell notwendige Aktivitäten, um das Elend und die Armut in der Dritten Welt zu mildern. Um ihre Darstellung geht es in diesem Beitrag¹ von Professor Theodor Dams und Friedrich L. Sell vom Institut für Entwicklungspolitik der Universität Freiburg².

Zu Beginn der 2. Entwicklungsdekade (1971–80) hatte alles noch *verhältnismäßig* günstig ausgesehen. Die optimistischen Vorausschätzungen wurden jedoch jäh unterbrochen, als 1972 eine Welternährungskrise vorlag und ab Ende 1973 bis auf den heutigen Tag die Rohölpreise scharf anstiegen. Trotz dieser Schwierigkeiten lagen die jährlichen Raten des Wirtschaftswachstums nur unwesentlich unter denen der Jahre 1967–73. Nicht zuletzt haben hohe internationale Finanztransfers dieses relativ günstige Ergebnis mitbeeinflusst. Vor dem Hintergrund dieser „ermutigenden Leistungen“ hatte dann auch die Weltbank in ihren „Weltentwicklungsberichten“ 1978 und 1979 eine optimistische Projektion für die jährlichen Wachstumsraten des nächsten Jahrzehnts vorgelegt. Der „Dritte Weltentwicklungsbericht“ (1980) zeigt demgegenüber ein düsteres Bild: Die ölimportierenden Entwicklungsländer mit *mittlerem* Einkommen werden im ungünstigeren Falle Jahreszunahmen der Pro-Kopf-Einkommen von 2,1% (1980–85) bis 2,4% (1985–90), im günstigeren Falle von 2,7 bzw. 3,4% erzielen. Die ölimportierenden Entwicklungsländer mit *niedrigem* Einkommen haben dagegen nur 1,0 bzw. 1,3 und 1,7 bzw. 2,4% Steigerungsrate je Jahr. Afrika (südlich der Sahara) trifft es am stärksten; hier sind sogar reale Einbußen des Pro-Kopf-Einkommens anzunehmen: Eine *unsichere* Zukunft bei der *sicheren* Erwartung, daß sich in vielen Ländern dieser Re-

gion bis zur Jahrtausendwende die Bevölkerung nahezu verdoppeln wird! – Was hat sich seit 1978/79 an Rahmenbedingungen geändert, die eine solche Verschärfung der schon heute prekären Lage erwarten lassen? Hier die Fakten: Erheblich gestiegene Ölpreise nach 1978 mit negativen Auswirkungen auf Industrie- und Entwicklungsländer; Rezession in Ländern der westlichen Welt und rückläufige Wachstumsraten des Welthandels; zunehmende Verschuldung der Entwicklungsländer und daraus resultierende Belastung der Zahlungsbilanzen; schwieriger gewordene Finanzierung des Bedarfs der Entwicklungsländer u. a. m. – Die düstere Zukunft der ölimportierenden Entwicklungsländer kann mit einer Zahl belegt werden, die über alle ökonomischen Probleme hinweg eine moralisch-ethische Herausforderung enthält: Die Zahl der absolut Armen wird unter den ungünstigeren Bedingungen im nächsten Jahrzehnt auf 800 Mill. Menschen ansteigen (1980: 780 Mill.).

Herausforderung für die Finanz- und Währungspolitik

Diese ungünstigeren Aussichten für eine große Zahl von Entwicklungsländern sollten den politisch Verantwortlichen zu denken geben, wie dieser prekären Lage mit mehr Hilfe begegnet werden kann. Dabei muß gesehen werden, daß die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft, insbesondere in den meisten Entwicklungsländern, *strukturell* bedingt und *längerfristige* Anpassungsprozesse zu seiner Überwindung notwendig sind. Im Vordergrund darauf ausgerichteter Maßnahmen steht die internationale *Mitfinanzierung* des Entwicklungsprozesses von Ländern der Dritten Welt. Sie erfolgt in einem „magischen Dreieck“: Förderung eines funktionierenden internationalen Währungssystems (IWF) – Bereitstellung von öffentlichen Finanzhilfen (ODA) – Transfer von privaten Krediten und Kapital, vor allem durch private Geschäftsbanken und Unternehmen, jedoch auch finanzielle Leistungen von Nicht-Regierungsorganisationen (NRO), einbezogen Kirchliche Hilfswerke (Abb. 12). – So wie das Wirtschaftswachstum sich auf eine große Zahl von Einzelbeiträgen zurückführen läßt, besteht der internationale Kapitalzufluß³ aus einer Vielzahl einzelner Finanzströme, die miteinander in Verbindung stehen. Vor allem sind die Zusammenhänge zwischen Währungs- und Finanzpolitik zu beachten.

Dafür sprechen folgende Gründe:

1. Die internationale Währungsordnung hat sich auf „Wiedererlangung einer haltbaren Zahlungsbilanzposition“ bei Preisniveaustabilität sowie weiterer Einschaltung in den internationalen Handels- und Zahlungsverkehr zu konzentrieren; denn durch weltweite Inflation wird ein Teil der finanziellen Direkthilfen und Kapitaltransfers durch Preissteigerungen ökonomisch entwertet.

2. In dem Umfange, wie der IWF längerfristige Anpassungsprozesse der Länder der Dritten Welt mitfinanziert, wird seine *währungspolitische* Aufgabe auf die der *Entwicklungsfinanzierung* ausgedehnt.

3. Dafür gibt es jedoch internationale, regionale und nationale Institutionen; eine Koordinierung zwischen Entwicklungs- und Währungspolitik wird daher zu einem vordringlichen Problem.

4. Für die Bereitstellung von Kapital ist die Einschaltung privater Geschäftsbanken unumgänglich; bei dem zunehmenden Risiko, das die wachsende Verschuldung der Dritten Welt beinhaltet, praktizieren private Institute in immer stärkerem Maße die Zusammenarbeit mit den internationalen Instituten der Währungspolitik und der Entwicklungsfinanzierung. – Die Bereitstellung ausreichender internationaler Finanzierung zugunsten der Entwicklungsländer erfolgt aus vielen Quellen; der Vorgang an sich ist sehr komplex – die Betrachtung *eines* Bereichs, etwa der Währungs- oder Finanzpolitik bzw. der öffentlichen oder der privaten Kapitalströme, würde den Zusammenhang willkürlich auseinanderreißen.

Tatsächliche und projizierte Finanzströme

Im dritten Weltentwicklungsbericht (1980) werden einige Berechnungen über derzeitige und zukünftige Netto-Kapitalzuflüsse zugunsten der Entwicklungsländer ausgewiesen (Abb. 1). Im Jahre 1980 betrug der Nettozufluß an Kapital 74,6 Mrd. US- $\text{\$}$; unter den günstigen Annahmen⁴ wird er 1990 rd. 180 Mrd. US- $\text{\$}$ (zu laufenden Preisen) erreichen. Dieses ist auf den ersten Blick eine gewaltige Steigerung – der Schein trügt jedoch! – Wir haben die Inflationsraten der letzten Jahre, die bei Lieferungen an Entwicklungsländer festgestellt wurden⁵, benutzt, um den oben genannten *nominalen* Werten die *realen* Finanztransfers gegenüberzustellen (Grundlage: Preise von 1977). Danach sieht der reale (d. h. preisbereinigt, auf die Kaufkraft des Jahres 1977 bezogen) Netto-Kapitaltransfer wie folgt aus: 1980 waren es 52,7 Mrd. US- $\text{\$}$; 1990 wären es 65,7 Mrd. US- $\text{\$}$. – Die hohen Zunahmeraten von 9,2%/Jahr bei der *nominalen* Betrachtung schrumpfen auf 2,2%/Jahr bei der realen Berechnung zusammen! Wenn die angenommene Rate der Preissteigerung nur von 7 auf 8% zunimmt, sinkt der *reale* Finanztransfer auf die bescheidene Wachstumsrate von 1,2%/Jahr! Hier wird deutlich, wie eng internationale Finanz- und Währungspolitik miteinander verflochten sind.

Die Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF)

Für wie wichtig eine funktionierende Weltwährungsordnung angesehen wurde, beweist die Tatsache, daß noch vor Beendigung des Zweiten Weltkrieges ein entsprechendes Abkommen (Bretton Woods 1944) unterzeichnet wurde. Seitdem gibt es den „Internationalen Währungsfonds“ (IWF); internationale Liquidität, d. h. Zahlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten untereinander, sollte einmal „unabhängig von den Zufälligkeiten der Goldförderung und Geldhortung“, zum anderen unbeeinflusst von zeitweise passiven Zahlungsbilanzen gesichert werden, indem der IWF in Anlehnung an die eingezahlten Quoten den in Schwierigkeiten geratenen Ländern Kredite einräumte. Allerdings wird von den Kreditnehmern erwartet, daß sie eine nationale Wirtschaftspolitik verfolgen, die auf kürzere Sicht die konjunkturell bedingten Defizite in der Zahlungsbilanz beseitigen.

Diese Grundlagen des IWF – kurzfristige Kreditgewährung, Auflagen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Nehmerlandes und Bindung der Höhe der Kredite an die z. T. in Gold oder Devisen eingezahlten Quoten – haben sich in der Folgezeit erheblich gewandelt: Mit dem Beitritt einer wachsenden Zahl von Entwicklungsländern veränderten sich die Anforderungen an den IWF. Sie benötigten als wirtschaftsschwächere Partner nicht kurzfristige Überbrückungskredite des *Zahlungsbilanzausgleichs*, sondern langfristige Kredite der *Entwicklungsfinanzierung*; sie brauchten höhere Finanztransfers, als es ihre niedrigen Einzahlungsquoten erlaubten. Weiterhin fanden die Entwicklungsländer die IWF-Auflagen für ihre Wirtschaftspolitik als störend. Die Entwicklungsländer wurden bei den chronischen Defiziten ihrer Zahlungsbilanzen die wichtigsten Kunden des IWF – und damit zugleich zu den schärfsten Kritikern dieser Einrichtung, in der die „Reichen dieser Welt“ mit den höchsten Einzahlungsquoten währungspolitisch den Ton angaben.

In diesem Spannungsfeld divergierender Interessen hat der IWF im letzten Jahrzehnt – auch im Hinblick auf den wachsenden Finanzbedarf der Entwicklungsländer – verschiedene Wandlungen erfahren oder sieht sich steigenden Anforderungen gegenübergestellt:

1. Der Kreditspielraum (Ziehungsrechte) wurde erheblich – im Verhältnis zur eingezahlten Quote – ausgedehnt;
2. Es wurden 1969 Sonderziehungsrechte (SZR) eingerichtet, d. h. Geldschöpfung über Kredit ohne Deckung, jedoch an die Quote gebunden (internationales Buchgeld);
3. Es soll eine Verbindung zwischen den Sonderziehungsrechten (SZR) und Finanzierung der Entwicklungshilfe geschaffen werden (link), d. h. es sollen für die Zuteilung von SZR entwicklungsländerspezifische Gesichtspunkte angewendet werden;
3. Es wurden mehrere sog. „konditionale Kreditfazilitäten“ eingerichtet; „konditional“ heißt, daß Kredite bei be-

stimmten Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz in Anspruch genommen werden können: $\frac{1}{4}$ der Goldbestände des IMF wurde 1978 verkauft, um aus dem Trust Fund den ärmsten Entwicklungsländern zinsverbilligte Zahlungsbilanzkredite zu gewähren; bei vorübergehenden Exportausfällen werden ausgleichende Kredite bereitgestellt; seit 1974 wurden erweiterte Kreditmöglichkeiten eingeräumt, um bei strukturellen längerfristigen Defiziten der Zahlungsbilanz Anpassungen zu fördern; die Finanzierung von internationalen Rohstofflagern, die sog. Buffer-Stock-Fazilität kam hinzu; von 1974 bis 1976 bestand die Ölfazilität zur Finanzierung ölpreisbedingter Defizite der Zahlungsbilanz; seit 1978 gibt es die sog. Witteveen-Fazilität, wenn alle IWF-Kredittranchen ausgeschöpft sind, gibt es noch einen Zuschlag!

Seit November 1980 ist ein IWF-Zinssubventionskonto eingerichtet, aus dem 69 Niedrig-Einkommens-Entwicklungsländer Zahlungen erhalten, um ihre Zinsbelastung bei den zusätzlichen Finanzierungsfazilitäten zu senken. Im Falle von Mißernten werden finanzielle Hilfen für Nahrungsmiteleinfluhren gegeben. Im März 1981 ist Saudi-Arabien verstärkt in den IWF eingestiegen; seine Quote wurde mit 3,5% praktisch verdoppelt. Die Arabian Monetary Agency (SAMA) will dem IWF in zwei aufeinander folgenden Jahren jeweils 4 Mrd. SZR als Kredite zur Verfügung stellen.

Dieses Bündel von Maßnahmen des IWF ist ein Ausdruck dafür, wie schwierig die außenwirtschaftliche Lage der meisten Entwicklungsländer ist. Trotzdem bleiben die Probleme zu einem guten Teil ungelöst: a) Mit den zusätzlichen und längerfristigen Kreditvergaben konnte der Bedarf der Entwicklungsländer auch nicht annähernd gedeckt werden. b) Für die Gruppe der Entwicklungsländer ohne Erdöl ist offensichtlich ein Finanzierungsproblem außergewöhnlichen Ausmaßes entstanden, das ihre Desintegration aus der Weltwirtschaft bewirken kann. c) Der IWF hat vor allem nach 1974 eine Reihe von *additiven* Kreditmöglichkeiten zusätzlicher Art geschaffen, jeweils mit bestimmter Zweckbestimmung. Dieses *schrittweise* Vorgehen im *bestehenden* System und die damit verbundenen Auflagen finden nicht den Beifall der Entwicklungsländer. Sie wollen eine *Reform* des IWF „an Haupt und Gliedern“ – vehement vorgetragen auf UNCTAD; jedoch auch im sog. Brandt-Bericht gefordert!

Kurzgefaßt geht es um mehrere Vorstellungen der Entwicklungsländer:

1. Der IWF soll eine „neue langfristige, an den Entwicklungszielen ausgerichtete Kreditgewährung“ einrichten. Der IWF würde damit zu einer internationalen *Entwicklungsbank*; je nach dem Einfluß der Entwicklungsländer bestände jedoch die Gefahr, eine Institution „mit Selbstbedienungsrecht der Kreditnachfrager“ zu schaffen!
2. Die Abstimmungen im IWF erfolgen nach dem Grundsatz „Wer Geld hat, schafft an!“; d. h., die reichen Länder mit den höchsten Quoten bestimmen weitgehend die internationale Währungspolitik. 85% der IWF-Mitglieder sind jedoch Entwicklungsländer. Die Dritte Welt argu-

mentiert, daß die gegenwärtig schwierige weltwirtschaftliche Lage auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen würde; die IWF-Konditionen für die Vergabe von Krediten sollen verschwinden oder verringert werden. Die westlichen Industriestaaten wehren sich gegen eine derartige Änderung des IWF, weil damit die Gefahr einer „Politik des leichten Geldes“ und einer weltweit größeren Inflation zunehmen würde. Damit wäre allerdings keiner Seite gedient.

Eine Einigung ist noch nicht in Sicht; eines ist sicher: Die Reform des Weltwährungssystems wird die Diskussion in der kommenden Entwicklungsdekade bestimmen!

Jacques Larosière, IWF-Direktor, hat die drei großen Herausforderungen für seine Institution klar und deutlich angesprochen: Förderung der Zahlungsbilanzanpassung – Erleichterung des Recycling Prozesses (Anlage von OPEC-Dollar) – Verbesserung des internationalen Währungssystems.

Die Weltbank (IBRD) und die Regionalbanken

Mit dieser langfristig orientierten Kreditpolitik, die strukturelle Anpassungen der Entwicklungsländer fördern soll, war ursprünglich eigentlich eine andere internationale Institution beauftragt: die Weltbank; in der korrekten Bezeichnung „Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ kommt zum Ausdruck, daß sie sich unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg der Beseitigung der Kriegszerstörungen, später jedoch immer mehr dem wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer zuwandte. Ein Netz internationaler Regionalbanken (für Lateinamerika, Afrika, Asien, Karibik) ergänzt diese Form der Kapitalbereitstellung für Entwicklungsprojekte und -programme. *Abb. 2* zeigt, daß der Anteil der Finanzierung für Entwicklungsvorhaben durch internationale Organisationen steigende Tendenz hat. Die Weltbank will ihre Aktivitäten in Zukunft noch erheblich erweitern, vor allem auf dem Energiesektor in Entwicklungsländern. Von 1981–85 sollen für den Energiesektor 13 Mrd. \$ an Darlehen gewährt, weitere 12 Mrd. \$ könnten eingesetzt werden, sofern Finanzmittel durch die Mitgliedstaaten bereitgestellt werden. Die damit in Gang gesetzten Gesamtinvestitionen würden etwa den vierfachen Betrag erreichen. Vorerst fehlt jedoch das benötigte Geld! – Zwischen Weltbank und IWF bestand in der ursprünglichen Konzeption eine klar vorgezeichnete Arbeitsteilung: Finanzierung von Entwicklungsprojekten und -programm einerseits sowie Sicherung der währungspolitischen Ordnung andererseits. – Die Konturen verwischen sich allerdings manchmal vor dem Hintergrunde der IWF-Entwicklungsfinanzierung. – Eine wirksame Abstimmung beider Institutionen (IWF und Weltbank) ist jedoch dringend erforderlich; das zumindest aus zwei Gründen: a) Beide sind an der Wirtschafts- und Finanzpolitik „ihrer Mitgliedsländer interessiert“ – so die vorsichtige Umschreibung eines Vorganges durch einen IWF-Beamten, daß die Nehmerländer

eine Politik einzuschlagen haben, die strukturelle Anpassungen erfolgreich macht. b) Eine gute Kooperation beider führt zu einer Katalysatorwirkung, so daß Entwicklungsländer auf privaten internationalen Kapitalmärkten die zusätzlichen Kredite aufnehmen können.

Die Verschuldung der Entwicklungsländer

Die Institution IWF konnte ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, die für die Abwicklung des Welthandels erforderliche internationale Liquidität in vollem Umfange bereitzustellen. Das ist – wie aufgezeigt – insbesondere darauf zurückzuführen, daß langfristige strukturelle außenwirtschaftliche Ungleichgewichte vorliegen⁶.

Die Entwicklungsländer mußten daher auf andere Kredit- und Geldgeber zurückgreifen, um ihre größten Schwierigkeiten zu meistern. Um einen Überblick über die Gesamtsumme der Finanztransfers an Entwicklungsländer zu erhalten, greifen wir auf die Entwicklung ihrer Verschuldung zurück.

Bis Ende 1980 hatte die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer die gewaltige Summe (zu laufenden Preisen) von 446 Mrd. US-\$ erreicht (Abb. 2). In diesem Zusammenhang interessiert die Beantwortung der beiden folgenden Fragen: a) Von welchen Ländergruppen und Institutionen wurden Finanztransfers bereitgestellt? b) Welche Formen der Kapitalbereitstellung sind am Finanztransfer beteiligt? – Im Jahre 1979 stellten die westlichen Industrieländer (DAC) Dreiviertel der Gesamtsumme⁷, gefolgt von den internationalen Organisationen (13,2%), den sozialistischen Staatshandelsländern (4,4%) und von OPEC (64,0%). Der DAC-Anteil hat sich im Jahrzehnt 1970–79 leicht vermindert (um 5%-Punkte), weil OPEC und internationale Organisationen mehr Kapital bereitstellten. – In der Zusammensetzung der Kapitaltransfers (siehe: Abb. 3) werden im zeitlichen Ablauf bedeutsame Verschiebungen sichtbar. An den steil ansteigenden Finanztransfers ab 1974 sind in erster Linie private Bankkredite und ausländische Direktinvestitionen (Aufbau von Unternehmungen) beteiligt, wobei allerdings 1978 erstere abrupt abnehmen. Die wichtigste Funktion des privaten Kapitals, die verstärkte Finanznachfrage der Entwicklungsländer abzudecken, wird bei einer Analyse der Transfers aus den westlichen Industrieländern (DAC) deutlich (Abb. 4). Die privaten Kapitalmärkte tragen zunehmend – absolut und relativ – den Hauptbeitrag für die notwendigen Finanztransfers; die absoluten Werte der öffentlichen Entwicklungshilfe stagnieren bzw. sind nach 1978 rückläufig, ihr Anteil an den Gesamtfinanztransfers ist abnehmend. Die Bereitstellung des privaten Kapitals an Entwicklungsländer erfolgt immer mehr durch Geschäftsbanken; 1973 stellten sie die Hälfte, 1979 vier Fünftel des privaten Kapitalvolumens; und dieses wiederum betrug bei den ölimportierenden Ländern rund die Hälfte des beanspruchten Kapitaltransfers. Da die Kondi-

tionen (Laufzeit und Zinssätze für Kredite) bei privater Kapitalbereitstellung ungünstiger als bei traditionaler Entwicklungsfinanzierung sind, steigt inzwischen der Schuldendienst der Entwicklungsländer schneller als die Verschuldung selbst (Abb. 5).

Der Doppeldruck der Schuldenlast

Die Entwicklungsländer werden von dieser Schuldenlast in mehrfacher Weise in ihrem wirtschaftlichen Aufbau eingeengt:

a) Die Umstrukturierung der Verschuldung mit Schwergewicht „Privatkapital“ hat den Schuldendienst absolut – gegenüber der üblichen Finanzierung in der Entwicklungshilfe (einschließlich sog. „konzessionierter Kredite“) – erhöht. Wenn alte Schulden zurückgezahlt werden, müssen neue Kredite aufgenommen werden, diese allerdings – bei dem Aufwärtstrend des US-\$ und den steigenden Zinsen – zu ungünstigeren Bedingungen.

b) Mit der Erhöhung der Preise für Rohöl, Nahrungsmittel u. a. m. haben sich die Austauschverhältnisse (in Relation zu eigenen Exporten) verschlechtert. Dadurch wird die Importkapazität (Exporterlöse zu den Durchschnittswerten der Einfuhr) negativ beeinflusst. – Abb. 6 zeigt, daß die Terms of Trade der nichtölexportierenden Länder seit 1960 leicht abgenommen haben, die der Ölexporture natürlich hochgeschneit sind. Die Importkapazität (Abb. 7) für die am wenigsten entwickelten Länder ist 1974/76 gesunken, hat dann leicht zugenommen und zeigt ab 1977 wieder sinkende Tendenz. Die Entwicklungsländer mit Export von Fertigwaren kommen in der internationalen Arbeitsteilung besser weg, am besten natürlich die OPEC. – In nüchternen Worten heißt dies, daß die schwächsten Länder bei den ungünstigen Preisrelationen entweder höhere Exportleistungen erbringen mußten, um für den Wirtschaftsaufbau lebenswichtige Importe tätigen zu können, oder den Weg steigender Verschuldung einschlagen mußten. – Abb. 8 zeigt das Verhältnis von Schuldenhöhe zu den Exporterlösen; es lag 1979 bei 80 v. H., 1973 bei 70 v. H. im Durchschnitt aller Entwicklungsländer. Für die ärmsten Entwicklungsländer ist die Schuldenlast doppelt so hoch wie die Exporterlöse eines Jahres. Sie müßten zwei Jahre alle Exporterlöse abführen, um ihre Auslandsschulden abzutragen!

– Das sind Durchschnittswerte. Die Türkei mit 86% ihrer Exporterlöse allein für Öl und Schuldendienst, Brasilien mit 71% und die Philippinen mit 50% sind die extremsten Fälle. Abb. 8 macht jedoch noch eines deutlich: Die wirtschaftsschwächsten Länder liegen im Wert „Verschuldung zu Inlandsprodukt“ günstiger als die Netto-Ölexporture (Definition, siehe Abb. 5), nicht dagegen mit Bezug auf die Beanspruchung der Exporterlöse für den Schuldendienst.

– Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die ärmsten Länder eine geringere Absorbierbarkeit für Auslandskapital haben.

Zu geringe öffentliche Entwicklungshilfe (ODA)

Es gibt keinen Zweifel: Mit der öffentlichen Entwicklungshilfe der westlichen Industrieländer kann die Schuldenlast nicht entscheidend geändert werden; die *gesamte* westliche Entwicklungshilfe reicht nicht einmal aus, um in manchen Jahren den *Anstieg* der Ölrechnungen der Länder der Dritten Welt auszugleichen! Es gibt jedoch auch keinen Zweifel daran, daß die westliche Welt nicht rechtzeitig ausreichende öffentliche Finanzhilfe bereitgestellt hat; bis Mitte der 70er Jahre stellte ODA knapp die Hälfte des „Netto“-Kapitalzuflusses, am Ende der Dekade nur noch ein Drittel. – *Abb. 9* weist sowohl für DAC als auch für die Bundesrepublik Deutschland die *nominalen* ODA-Beiträge aus. Die Kurve zeigt einen starken Anstieg; nach einer Preisbereinigung (Berücksichtigung der Inflationsrate) wird jedoch deutlich, daß an *realer* Kaufkraft bis 1972 praktisch kaum mehr, 1973–77 etwas mehr und erst nach 1978 real ein Drittel mehr (zum Basisjahr 1968) geleistet wurde (im Durchschnitt der Jahre 1968–78 je Jahr real 4,05% Anstieg). Die Betrachtung der DAC-Kurven fällt noch ungünstiger aus. – Bei allen groß aufgemachten Zahlen über öffentliche Entwicklungshilfe sollte nicht übersehen werden, daß wir *an Kaufkraft* keine allzu überzeugenden Steigerungen – vor dem Hintergrund der erheblichen Verbesserung unseres Lebensstandards – erbracht haben! – Die OPEC leistete 1979 öffentliche Entwicklungshilfe in Höhe von 5,2 Mrd. \$ (1,44% des Brutto-Sozialprodukts und knapp ein Fünftel der gesamten ODA); 1975 waren es noch knapp 3% BSP und 27% Anteil. Die Meßlatte „Brutto-Sozialprodukt“ wird für die Leistungen der OPEC an Entwicklungshilfe in Frage gestellt: Die OPEC hat 1980 50 Mrd. \$ und wird 1981 um 70 Mrd. \$ für Öllieferungen erhalten; in Relation dazu sind die oben genannten Summen bescheiden!

Einschaltung privater Geschäftsbanken

Die Lücke zwischen hohem Finanzbedarf der Entwicklungsländer (insbesondere durch erheblich gestiegene Ölrechnungen) und dahinter zurückbleibender öffentlicher Entwicklungshilfe sowie öffentlicher Kredite, wurde vor allem durch private Bankkredite und den privaten Kapitalmarkt geschlossen. *Abb. 3* zeigt die steil ansteigende Kurve von 1974 bis 1980 (von 44,6 auf 170 Mrd. \$). Im gleichen Zeitraum haben die (zusätzlichen) privaten Exportkredite, die Entwicklungsländern gewährt wurden, von 35,5 auf 120 Mrd. US-\$ zugenommen. Von Jahr zu Jahr wurden höhere private Bankkredite ausgezahlt; die dadurch entstehenden Schuldverpflichtungen stiegen in Relation dazu viel stärker: Hier tut sich ein neuer „Teufelskreis“ auf: (*Abb. 11*)

Ohne Zweifel hat die flexible Einschaltung der privaten Geschäftsbanken bei der Kreditversorgung der Entwick-

lungsländer dazu beigetragen, daß das Wirtschaftswachstum der Länder der Dritten Welt und der Welthandel keine noch größeren Rückschläge erfuhren. Doch sollten auch die damit verbundenen Risiken und Nachteile für die Entwicklungsländer auf längere Sicht nicht übersehen werden.

In den Jahren 1975–77 sind je Jahr ca. 35 Mrd. US-\$ von der OPEC auf dem Euro-Markt angeboten worden. 1978 lag der Betrag noch höher. Vor allem die privaten Geschäftsbanken haben diese *kurzfristig* verfügbaren Gelder als *längerfristige* Kredite an die Entwicklungsländer weitergeleitet (Recycling); durch die Rezession in den westlichen Industrieländern (1974–75) hatte sich deren Kreditnachfrage verringert, so daß dadurch der Spielraum für einige Länder der Dritten Welt größer wurde; man kann auch sagen: Bei der Liquidität des Euro-Marktes und der fehlenden Nachfrage der Industriestaaten boten sich die Entwicklungsländer als Nachfrager geradezu an! (*Abb. 10.*) Allerdings muß festgestellt werden, daß vor allem die Entwicklungsländer an der oberen Grenze der mittleren Einkommen solche privaten Bankkredite beanspruchten (Brasilien, Mexiko, Argentinien u. a.); ihr Anteil liegt bei einem Drittel des Gesamtvolumens. – Für die Entwicklungsländer hatten die Kredite der privaten Geschäftsbanken den Vorteil, daß sie – im Vergleich zu den traditionellen Quellen der Entwicklungsfinanzierung – zwar teurer waren, dafür aber ohne wirtschaftspolitische Auflagen in Anspruch genommen werden konnten; man kann es auch so formulieren: Dem Anpassungsdruck, der durch die verschlechterten Terms of Trade (durch die Ölpreise) entstanden war, konnten die Entwicklungsländer dadurch teilweise ausweichen! Und auch der Druck auf die Industrieländer fehlte, die für die Entwicklungshilfe zuständigen öffentlichen Institute rechtzeitig und nachhaltig zu unterstützen. – Alles dieses, so angenehm es für diese Jahre war, verlangt in der näheren Zukunft seinen Preis; denn in der Vergangenheit Versäumtes der Währungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik muß in der Zukunft nachgeholt werden, und das – um im Thema zu bleiben – mit Zinseszins. Schon zeichnen sich solche Konturen ab:

1. Private Bankkredite wurden vergeben, ohne vollständige und gesicherte Informationen zu haben; Staaten sind eben nach landläufiger Meinung gute Gläubiger, die keinen Konkurs anmelden können. Schon ab 1976, verstärkt ab 1978, suchen nun die privaten Geschäftsbanken Kooperationen mit den offiziellen Entwicklungsbanken und dem IMF, um ihr Auffällrisiko bei hochverschuldeten Entwicklungsländern zu verringern.

2. Bereits seit 1974/75 haben Geschäftsbanken sog. Ko-Finanzierungsoperationen mit der Weltbank u. a. vorgenommen, um sich deren Wissensstand zunutze zu machen; hier handelt es sich um *Projekt*-Finanzierungen, an denen sich private Geschäftsbanken beteiligen. Das hat insgesamt jedoch nicht viel Kapital bis 1979 bewegt (jährlich 0,5 Mrd. US-\$ der privaten Geschäftsbanken bei 6 Mrd. US-\$ der multilateralen Institutionen der Ent-

wicklungsfinanzierung); es zeigt sich jedoch seit 1980 ein stärkeres Engagement. Mit anderen Worten: Die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken werden zum Mittler zwischen privaten Geschäftsbanken (einschl. OPEC) und Entwicklungsländern, wobei sie den Kapitalgebern Risiken abnehmen.

Diese Prozedur ist aus der Sicht der privaten Geschäftsbanken jedoch nur für eine Übergangsperiode erstrebenswert; sie ist keine *umfassende* Regelung der Risikosicherung der bisherigen und zukünftigen privaten Kreditgewährung. Der IWF soll – auf einen verkürzten Ausdruck gebracht – ein *höheres* Volumen zu *günstigeren* Konditionen für die Entwicklungsländer anbieten. Aber dem sind sehr schnell Grenzen gesetzt: Mehr Eigenreserven kann der IWF nicht weggeben, um seine eigene Kreditwürdigkeit nicht einzuengen; seine Mitgliedstaaten sind – angesichts angespannter Haushaltslage – nicht bereit, ihre Quoten zu erhöhen. – Hier bieten sich nun die privaten Geschäftsbanken an, das Kapital *direkt* dem IWF zu entsprechend hohen Zinsen zur Verfügung zu stellen, was sie ursprünglich auf *eigenes* Risiko den Entwicklungsländern ausgeliehen haben.

Immerhin ist die Weitergabe des Kreditrisikos von entwicklungspolitischem Interesse: Die OPEC-Kapitalüberschüsse werden nicht direkt auf eigenes Risiko den Hauptnachfragern, den Entwicklungsländern, zur Verfügung gestellt, sondern auf dem Euro-Markt placiert; dort nehmen sie die privaten Geschäftsbanken auf, und im „Recycling“ geht es auf deren Risiko in Entwicklungsländer; mit deren wachsender Schuldenlast nehmen die Unsicherheiten der Rückzahlung zu, und die privaten Geschäftsbanken versuchen nun, dieses Risiko auf die internationalen Institutionen der Währungs- und Entwicklungspolitik abzuwälzen. Und dabei müssen dann die Staaten der westlichen Welt in die „entwicklungspolitische Pflicht“ genommen werden, wenn die weitere Kapitalversorgung der Dritten Welt gesichert werden soll! – Bleibt am Schluß nur noch die Frage: Warum haben die Entwicklungs- und Industrieländer nicht *rechtzeitig neue* Rahmenbedingungen der Weltwährungs- und Entwicklungspolitik aufgestellt, in die sich die privaten Geschäftsbanken koordiniert hätten einpassen können?

Schlußbemerkungen

Das Dritte Entwicklungsjahrzehnt (1981–90) wirft seine düsteren Schatten voraus: Starke Bevölkerungszunahme – geringes, z. T. negatives Wirtschaftswachstum – Grenzen der Entwicklungshilfepolitik. – *Eine* der Voraussetzungen für eine Änderung – nicht immer die erste und wichtigste – ist eine ausreichende finanzielle Hilfe an Entwicklungsländer. Sie muß im Rahmen eines „magischen Dreiecks“ gesehen werden: Das internationale Währungssystem – die öffentliche Entwicklungshilfe – Bereitstellung von Krediten durch den privaten Bankensektor. – Diese Herausforderung der Entwicklungsfinanzierung hat schon immer bestanden; nach 1974 und verstärkt nach

der letzten Ölpreiserhöhung 1978/80 haben sich die Schwierigkeiten jedoch erheblich vergrößert. *Problem Nr. 1* ist das Recycling der OPEC-Dollar in die Entwicklungsländer; dazu sind internationale Anstrengungen und Absicherungen notwendig. *Problem Nr. 2* ist die Verringerung der weltweiten Inflation; jede „Selbstbedienung“ im internationalen Währungssystem nimmt den Entwicklungsländern über Preissteigerungen reale Kaufkraft.

Problem Nr. 3 ist die wirksame Koordinierung von Währungs- und Finanzpolitik auf internationaler Ebene; dazu ist eine saubere Trennung der Aufgaben der einzelnen Institutionen und die Abstimmung ihrer Tätigkeiten auf die gemeinsamen entwicklungspolitischen Ziele erforderlich. *Problem Nr. 4* bezieht sich auf die Sicherung des Zusammenwirkens von öffentlicher Entwicklungshilfe und Krediten mit der Kreditgewährung durch private Geschäftsbanken; es ist einer auf Effizienz angelegten Entwicklungspolitik wenig förderlich, wenn auf die internationalen offiziellen Institutionen erst dann von privaten Geschäftsbanken zurückgegriffen wird, wenn das Risiko der Kreditsicherung privatwirtschaftlich zu hoch geworden ist. Der „Domino-Zusammenbruch“, d. h. daß sich die privaten Geschäftsbanken zu stark im Auslandsgeschäft engagiert haben und ein Kollaps eine Kettenreaktion hervorrufen könnte, wird offen diskutiert, jedoch für vermeidbar gehalten. *Problem Nr. 5* ist darin zu sehen, daß es noch kein allgemein akzeptiertes Konzept für diese 3. Entwicklungsdekade gibt, das die Grundlage für *alle gemeinsamen* Anstrengungen sein könnte. – Alle *Teilprobleme* werden jedoch von dem *Hauptproblem* überwölbt: Immer mehr Menschen werden in dem vor uns liegenden Jahrzehnt in die absolute Armut hinein „wachsen“, wenn es uns nicht gelingt, den Entwicklungsländern wirksame Hilfe zu leisten. Die „Aufholstrategie“ der 1. Entwicklungsdekade ist längst zur „Überlebensstrategie“ in der 3. Entwicklungsdekade geworden. Selbst zu diesem bescheideneren Ansatz fehlt uns in den westlichen Industrieländern das entwicklungspolitische Engagement; auf diese Herausforderung wissen wir keine verantwortungsvolle Antwort im „Länder-Dialog“ zu finden; jedoch: Hunger und Armut warten nicht, und sie bedrohen den Weltfrieden!

Theodor Dams / Friedrich L. Sell

¹ Es handelt sich um eine Vorausinformation einiger Ergebnisse einer umfassenderen Veröffentlichung des Instituts für Entwicklungspolitik der Universität Freiburg i. Br.

² Unter Mitwirkung von Ulrich Uhle bei der Materialaufbereitung.

³ siehe S. 407 links oben.

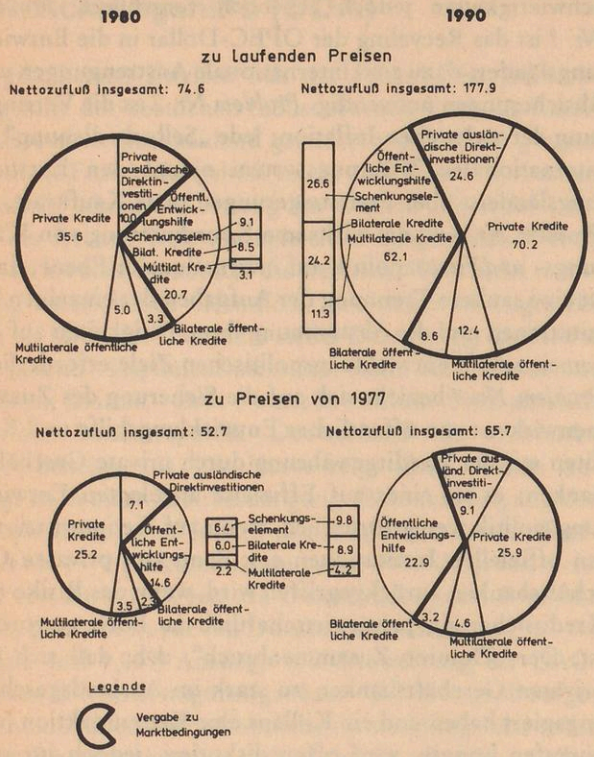
⁴ Durchschnittliche jährliche Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe von 4,6%; der privaten Netto-Kredite von 0,27%; des Bruttosozialproduktes der Entwicklungsländer von 5,1% (1980–85) bzw. 5,6% (1985–90), jeweils in Preisen von 1977. Quelle: 3. Weltentwicklungsbericht. Washington D.C. 1980.

⁵ Nach den Berichten des DAC/OECD, Paris. – Der Deflator wird mit 7%/Jahr angegeben; dies gilt auch für den Weltentwicklungsbericht 1980.

⁶ siehe S. 407 rechts oben.

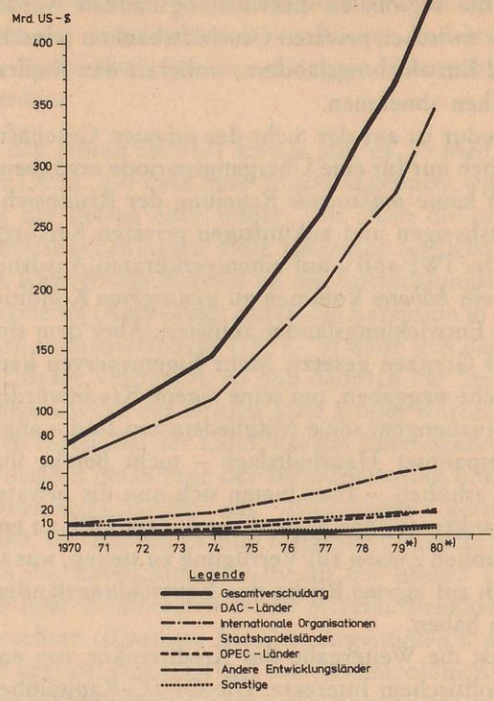
⁷ Die Formen des Kapitals (öffentlich und privat) sind aus Abb. 4 zu entnehmen.

Abb. 1: Mittel- und langfristige Nettokapitalzuflüsse in Entwicklungsländer 1980 und 1990 (günstiger Fall) in Mrd. US-Dollar



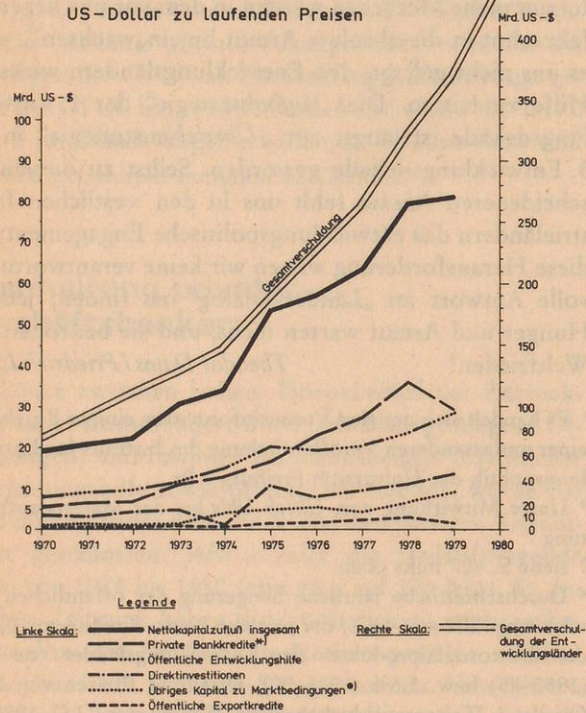
Quelle: a) Finanzierung und Entwicklung 3/80
 b) Eigene Berechnungen auf der Grundlage des Weltentwicklungsberichtes 1980.
 IFEP FREIBURG I. BR. | Be 81.50

Abb. 2: Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer und Aufgliederung nach Gebern (1970-1980) zu laufenden Preisen (in Mrd. US-\$)



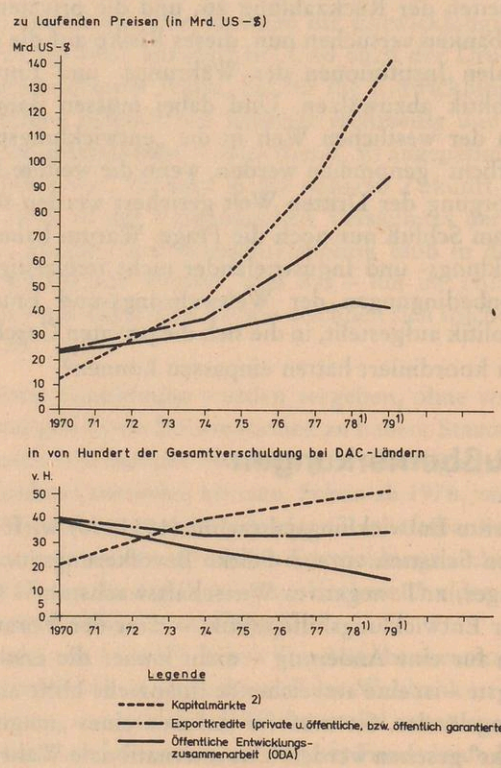
*) Schätzungen
 Quelle: DAC Chairman's Report for 1979, Statistischer Anhang, Tabelle E 5
 OECD, Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, Jahresprüfung 1980.
 IFEP FREIBURG I. BR. | Be 81.24

Abb. 3: Jährliche Nettogesamteingänge an ausländischem Kapital bei Entwicklungsländern 1970-1979 in Mrd. US-Dollar zu laufenden Preisen



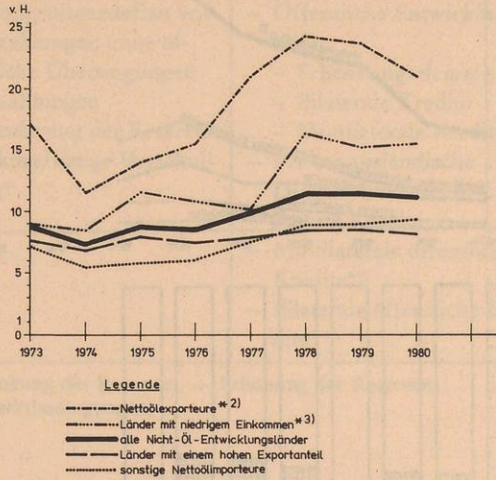
*) Einschließlich privater Exportkredite und Schuldverschreibungen
 *) OPEC bilateral, multilaterales Kapital zu Marktbedingungen, sonstiges
 Quelle: Development Co-operation, 1980 Review
 IFEP FREIBURG I. BR. | Be 81.48

Abb. 4: Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer bei DAC-Ländern (1970-1979), aufgliedert nach Kapitalformen



1) Schätzungen
 2) Bankkredite (außer Exportkrediten), Anleihen und sonstige Kredite des privaten Sektors
 Quelle: DAC Chairman's Report for 1979, Statistischer Anhang, Tabelle E 5
 IFEP FREIBURG I. BR. | Be 81.26

Abb. 5: Die Entwicklung des Schuldendienstes (1973-1980) von Nicht-Öl-Entwicklungsländern*¹⁾ (in von Hundert der Exporterlöse von Gütern und Dienstleistungen)

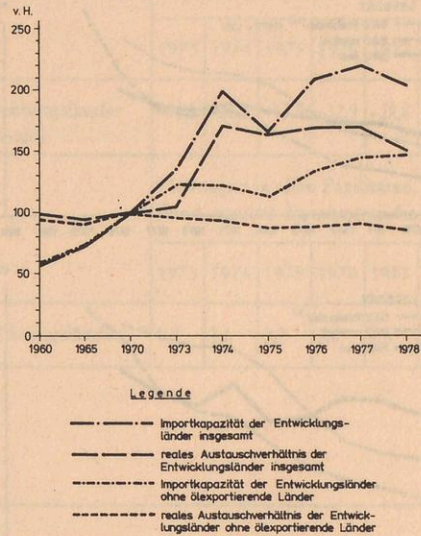


*1) einschließlich sogenannter Nettoölexporture
 Nicht-Öl-Entwicklungsländer: Alle Entwicklungsländer, die nicht zu den „Ölexportierenden Ländern“ gehören:
 — Netto-Ölexporture*²⁾
 — Netto-Ölimporture
 Ölexportierende Länder: Länder, die von 1975-1978 jährlich mindestens 100 Mio. Barrel Öl exportiert haben und bei denen der Anteil der Öl-Exporte an den Gesamtexporten mindestens 2/3 ausmacht.
 *3) Länder mit niedrigem Einkommen: laut Weltbank 38 Länder, für die gilt: D = BSP/Kopf < 390 US-\$ (in Preisen von 1978)

Quelle: IWF, Annual Report 1980.

IFEP FREIBURG I. BR. Be 81.28

Abb. 6: Die Entwicklung des realen Austauschverhältnisses¹⁾ und der Importkapazität²⁾ der Entwicklungsländer (1970 = 100)



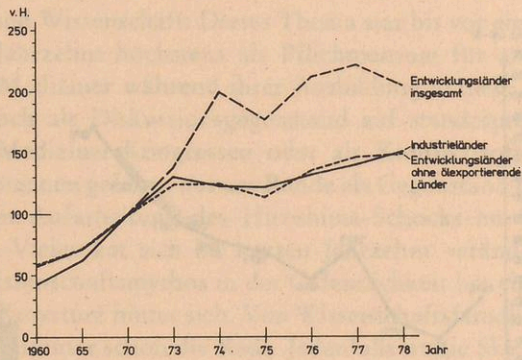
1) Verhältnis der Durchschnittswerte der Ausfuhr zu den Durchschnittswerten der Einfuhr in v.H. (Terms of Trade).
 2) Verhältnis der Exporterlöse zu den Durchschnittswerten der Einfuhr in v.H. (Income Terms of Trade)

Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1979.

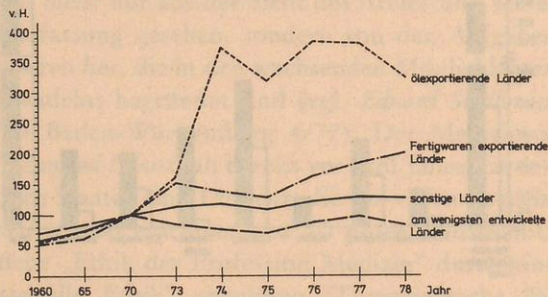
IFEP FREIBURG I. BR. Be 79.24

Abb. 7: Importkapazität¹⁾ der Entwicklungsländer (1970 = 100)

nach Ländergruppen



Entwicklungsländer

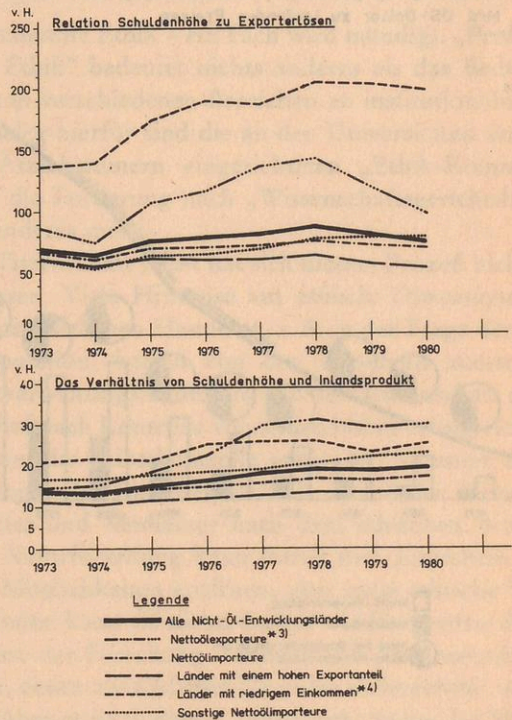


1) Verhältnis der Exporterlöse zu den Durchschnittswerten der Einfuhr in v.H. (Income terms of trade)

Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1979.

IFEP FREIBURG I. BR. Be 79.23

Abb. 8: Das Verhältnis von Schuldenhöhe und Exporterlösen bei Nicht-Öl-Entwicklungsländern*¹⁾ 1973-1980 (in von Hundert)*²⁾



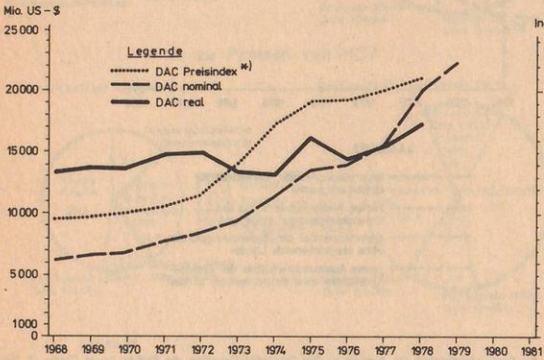
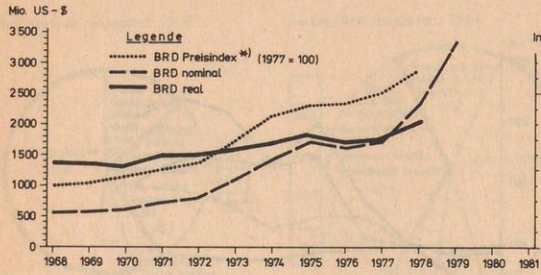
*1), *3), *4): Erklärung siehe Abb. 6

*2): Exporterlöse im jeweiligen Jahr = 100

Quelle: IWF, Annual Report 1980.

IFEP FREIBURG I. BR. Be 81.29

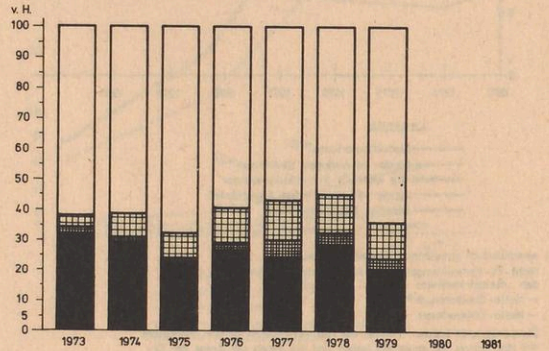
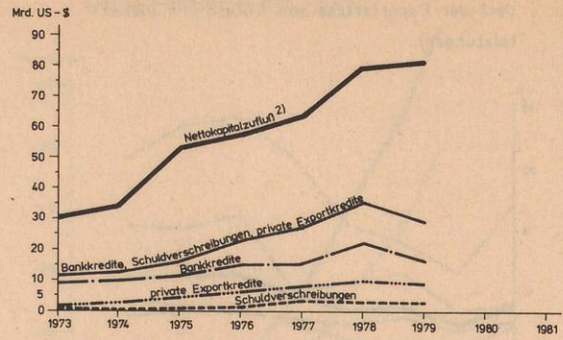
Abb. 9: Öffentliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland und der DAC-Länder: Die Entwicklung der-nominalen und realen Leistungen 1968-1979 (in Mio. US-Dollar)



*) Preisindex der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen einschließlich des Effekts der Wechselkursänderungen
Quelle: OECD: Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung, Jahresprüfung 1979
Development Cooperation 1973-1980 Review

IFEP FREIBURG I. BR. | Be 81.47

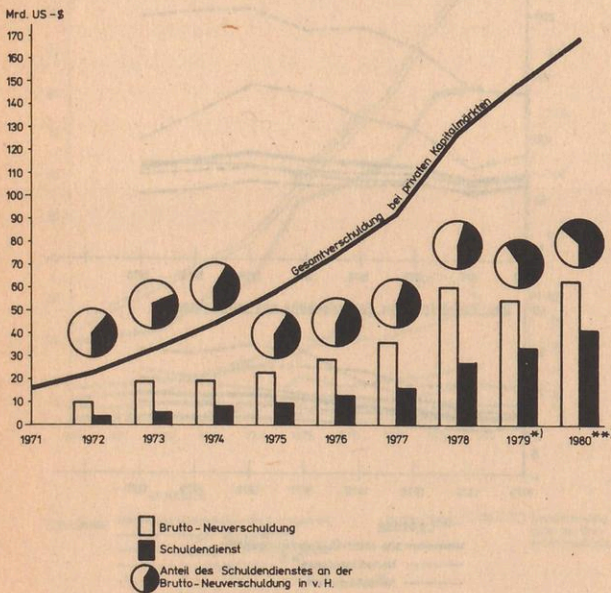
Abb. 10: Die Entwicklung der privaten Bankentätigkeit¹⁾ 1973-1979 in Mrd. US-\$ zu Laufenden Preisen und in von Hundert



1) Bankkredite, Schuldverschreibungen, private Exportkredite
2) Nettokapitalzufuhr: öffentliche Entwicklungshilfe, öffentliche Exportkredite, private Bankkredite (einschließlich privater Exportkredite und Schuldverschreibungen), Direktinvestitionen, übriges Kapital zu Marktbedingungen
Quelle: Development co-operation 1980 Review

IFEP FREIBURG I. BR. | Be 81.27

Abb. 11: Beanspruchung der privaten Kapitalmärkte durch Entwicklungsländer: Gesamtverschuldung, jährliche Brutto-Neuverschuldung und jährlicher Schuldendienst, 1971-1980 in Mrd. US-Dollar zu laufenden Preisen

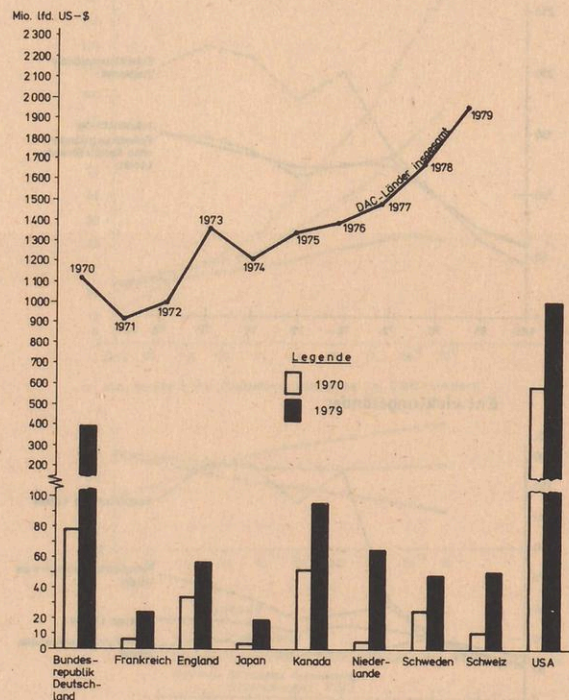


*) vorläufig
**) geschätzt

Quelle: Development Co-operation 1980 Review

IFEP FREIBURG I. BR. | Be 81.51

Abb. 12: Entwicklungshilfe von Nicht-Regierungsorganisationen der DAC-Länder insgesamt (1970-1979) und ausgewählter DAC-Länder (1970 und 1979) in Mio. lfd. US-Dollar



Quelle: Development Co-operation 1975-1980 Reviews.

IFEP FREIBURG I. BR. | Be 81.52

³ Die Aufgliederung „Nettokapitalzufluß“ folgt dem „Weltentwicklungsbericht 1980“

| „Aktiva“ | „Passiva“ |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> - Leistungsbilanzdefizit vor Zinszahlungen ohne öffentliche Übertragungen - Zinszahlungen - Veränderung der Reserven und kurzfristige Verschuldung* | <ul style="list-style-type: none"> - Öffentliche Entwicklungshilfe - Schenkungselement - Bilaterale Kredite - Multilaterale Kredite - Private ausländische Direktinvestitionen** - Private Kredite - Multilaterale öffentliche Kredite** - Bilaterale öffentliche Kredite** |

* (% Senkung der Reserven, + Erhöhung der Reserven)

** (zu Marktbedingungen)

⁶ Dieses ergibt sich in einem Vergleich der Leistungsbilanzsalden der Entwicklungsländer ohne Erdöl mit Ziehungen und Fazilitäten der Entwicklungsländer (insgesamt) beim IWF.

| | Leistungsbilanzsalden 1973–1980 in Mrd. US-\$ | | | | | | | |
|-------------------------------|--|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 |
| Entwicklungsländer ohne Erdöl | -11,5 | -36,9 | -45,9 | -32,9 | -28,6 | -35,8 | -52,9 | -70,1 |
| | Ziehungen in allen Fazilitäten, einschl. Trust Fund, ausschl. Reservetranche in Mrd. SZR | | | | | | | |
| | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 |
| Entwicklungsländer | 0,3 | 1,6 | 2,2 | 3,6 | 1,4 | 2,5 | 2,7 | 5,5 |

Zeitfragen

Naturwissenschaftliche Forschung von Fragen der Ethik

Beispiele aus den Bereichen Biologie und Medizin

Ethik und Wissenschaft: Dieses Thema war bis vor einem guten Jahrzehnt höchstens als Pflichtpensum für angehende Mediziner während ihrer Ausbildung aktuell, gerade noch als Diskussionsgegenstand auf standespolitischen Mediziner-Kongressen oder als Konfliktstoff in Ärzteromanen gefragt, nur am Rande als Gegenstand literarischer Aufarbeitung des Hiroshima-Schocks im Gespräch. Vieles hat sich im letzten Jahrzehnt verändert. Der Wissenschaftsmythos in der Öffentlichkeit hat einen steilen Kurssturz hinter sich. Von Wissenschaftsfeindlichkeit ist mitunter schon die Rede. Jedenfalls ist die Skepsis gegenüber dem Fortschritt in Medizin und Naturwissenschaft gewachsen. Die Frage der ärztlichen Ethik etwa wird nicht mehr nur aus der Sicht des Arztes und seiner Standesverfassung gesehen, sondern von den Aufgaben und Gefahren her, die in den wachsenden Möglichkeiten seines Handelns begründet sind (vgl. *Eduard Seidler* im *Ärztblatt Baden-Württemberg* 4/77). Der Medizinsoziologe *Manfred Pflanz* sah bereits vor fünf Jahren in den Vereinigten Staaten eine Tendenz, die von vielen als nicht mehr ausreichend erachtete und als purer Selbstschutz verstandene „Ethik der Profession Medizin“ durch eine „professionelle Ethik“ abzulösen (Therapiewoche 26, 7/76). Diese Tendenz hat sich auch in den westeuropäischen Ländern fortgesetzt (vgl. *Helmut Piechowiak* und *Hans Georg von Manz* im *Deutschen Ärzteblatt* 46/79:

Medizinische Ethik – ein Fach wird mündig). „Professionelle Ethik“ bedeutet nichts anderes als das Bedürfnis, Ethik in verschiedenen Bereichen zu institutionalisieren. Ein Beleg hierfür sind die an den Universitäten und von den Ärztekammern eingerichteten „Ethik-Kommissionen“, die Forderung nach „Wissenschaftsgerichtshöfen“ und anderes mehr.

Die Wissenschaft selbst hat sich diesem Prozeß nicht verschlossen. Viele Hinweise auf *ethische Dimensionen* des wissenschaftlichen Handelns, z. B. in der Frage der Gen-Manipulation, kamen von den Forschern zuerst. Die Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft setzen dem Ruf nach Kontrolle von außen bisher erfolgreich und wirksam die Selbstkontrolle entgegen. Mitunter drängt sich sogar der Eindruck auf, als suchte der Biowissenschaftler und Mediziner nach dem ethischen Beistand: „Die Naturforschung kann durch ihre Einsichten zwar neue Möglichkeiten eröffnen; aber neue ethische Werte begründen kann sie nicht. Immer wieder werden die Ergebnisse der Forschung Verlockungen zu Anwendungen bieten, denen aus sittlichen Gründen nicht gefolgt werden darf. Aber es ist in diesen Fällen nicht Sache der Wissenschaft, die entsprechenden Vorschriften zu erlassen.“ Dies sagte der Freiburger Biologe *Peter Sitte*, 1978 Präsident bei der 110. Versammlung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte (Innsbruck, 1978). For-